

Ecuador: Ausländische Truppen für den Drogenkampf. Bankrotterklärung oder Wahlkampfmanöver?

Günther Maihold



Im Jahr 2024 kamen im südamerikanischen Ecuador 6.987 Personen durch Gewaltakte um, jetzt sucht das Hilfe durch internationale Truppenentsendungen. Denn in den ersten 45 Tagen des Jahres 2025 ist die Zahl der Morde auf 1091 angestiegen, im Vergleich zu 669 im Jahr 2024. Dass das Land mit der Gewaltspirale nicht allein fertig wird, liegt auf der Hand. Aber ob der Aufruf von Präsident Noboa an die internationale Gemeinschaft mehr ist als nur Wahlpropaganda, ist die Frage. Denn am 13. April findet die Stichwahl statt, bei der sich Noboa gegen seine linke Gegenkandidatin Luisa González behaupten will, die ihm mit dem knappen Abstand von 0.6 Prozent eng auf den Fersen blieb.

Ecuador – Hotspot des Drogenhandels

Ecuador ist ein wichtiger Punkt für die Ausfuhr von Drogen in die USA und nach Europa, was zu Streitigkeiten über die Kontrolle der Transportrouten im Land zwischen verschiedenen kriminellen Organisationen geführt hat. Da von Ecuador aus 73% des weltweit produzierten Kokains verschifft wird, ist insbesondere die Kontrolle der Hafeninfrastuktur zentral, wo die verschiedenen Gewaltakteure Einfluss auf die Beladung von Containern und deren Verladung auf die Transatlantikschniffe nehmen. Der ecuadorianische Präsident hat zudem mehrfach den Ausnahmezustand ausgerufen, um

mit Polizei und Militär gegen kriminelle Banden vorzugehen, die vor allem in Drogenhandel, der Schutzgelderpressung, aber auch dem illegalen Bergbau verwickelt sind. Diese bezeichnet er – durchaus in Übereinstimmung mit US-Präsident Trump – als „terroristische Gruppen“, von denen einige Verbindungen zu mexikanischen Kartellen haben.

Mit internationaler Unterstützung zum Ziel?

Nun schlug Noboa die vorübergehende Einladung ausländischer Streitkräfte nach Ecuador vor, um die nationale Armee sowie die Polizeikräfte im Kampf gegen die Drogenökonomie zu unterstützen. Gleichzeitig erteilte der Präsident dem Außenministerium den Auftrag, geeignete Vorgespräche für mögliche Kooperationsvereinbarungen“ mit verbündeten Ländern unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Rahmens zu führen. Letzterer Hinweis hat große Bedeutung, weil Artikel 5 der nationalen Verfassung die „Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte oder ausländischer Einrichtungen für militärische Zwecke“ sowie die Übergabe nationaler Militärstützpunkte an ausländische Streit- oder Sicherheitskräfte untersagt. Diese Regelung wurde von Rafael Correa (2007-2017), einem der Amtsvorgänger Noboas, durchgesetzt, um die Präsenz der USA mit ihrer Militärbasis in Manta zu beenden. Dort hatten die die US-Streitkräfte zwischen 1999 und 2009 vor allem mit Luftüberwachung und Seeoperationen dafür gesorgt, dass Drogenlieferungen in kleinen Booten kontrolliert wurden. Die von der Regierung angestrebte Reform der Verfassungsvorschrift könnte nach einem erfolgreichen Legislativverfahren aber nur durch ein Referendum erfolgen, so dass ein recht langer Zeithorizont abzusehen ist. Daher beabsichtigt Noboa unterdessen mit einer zeitlich befristeten Beteiligung ausländischer Streitkräfte zu verfahren, da das Land dringend zum einen gegen die wachsende Präsenz von Gewaltakteuren vorgehen will, zum anderen aber dringend Unterstützung im Bereich Aufklärung, Häfen und Seeoperationen benötigt, um entsprechende Drogentransporte durch entsprechende Boote der Küstenwache aufbringen zu können.

Sicherheitspolitische Kontroverse im Wahlkampf

Amtsvorgänger Correa und Parteifreund von Noboas Gegenkandidatin Luisa González tönte aus dem Exil in Belgien: „Nichts wie unfähig! Sie schämen sich nicht einmal! Sie erkennen, dass es keinen Plan Fénix (wie Noboas Sicherheitsplan heißt) gibt, und in ihrer Unfähigkeit improvisieren sie in unverantwortlicher Weise“. Damit schaltete sich Correa erneut in den Wahlkampf zugunsten seiner Parteifreundin ein und griff Noboa wegen dessen Sicherheitspolitik scharf an. Denn bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr hatte der politisch unerfahrene Staatschef versprochen, der Welle der Gewalt ein Ende zu setzen, indem er einen „internen bewaffneter Konflikt“ ausrief, der die Präsenz des Militärs auf den Straßen zur Eindämmung der Kriminalität notwendig mache. Außerdem hatte er etwa zwanzig lokale Organisationen, deren Aktivitäten direkt mit internationalen Kartellen wie dem mexikanischen Sinaloa-Kartell verbunden sind, zu „Terroristen“ und

„Kriegstreibern“ erklärt. Doch der durchschlagende Erfolg ist ausgeblieben, obwohl sich der 37-jährige Noboa der gerade in der Region so beliebten „Politik der harten Hand“ gegen die Kriminalität angeschlossen hat.

Keine Hilfe in Sicht

Die operative und technische Unterstützung von internationalen Partnern, die Noboa nun einwerben möchte, ist notwendig, wenn substanzielle Fortschritte in der Sicherheitslage erzielt werden sollen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es eher unwahrscheinlich, dass etwa Truppen der USA nach Ecuador verlegt werden, da US-Präsident Donald Trump der Entsendung eigener Streitkräfte ins Ausland sehr reserviert gegenüber steht. Eher könnte er an einer Wiedereröffnung der Militärbasis interessiert sein, dann aber sicherlich mit entsprechenden Gegenleistungen Ecuadors. Von den Nachbarn Ecuadors ist das auch nicht zu erwarten, da sie selbst mit entsprechenden Problemen zu kämpfen haben. Maximal wird es bei einem verstärkten Informationsaustausch und Beratereinsätzen bleiben. Es deutet also viel auf ein Wahlkampfmanöver hin, um Punkte gegenüber der Konkurrentin bei der Stichwahl am 13. April gut zu machen und sich besser zu positionieren. Ecuadors Bevölkerung erwartet von beiden Kandidaten schnelle Lösungen, doch die werden zunächst vor allem durch nationale Anstrengungen zu bewerkstelligen sein.